

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Klaus Daubertshäuser MdB wirft der Bundesregierung vor, eine Million Arbeitsplätze in der deutschen Verkehrswirtschaft zu gefährden.

Seite 1

Eberhard Fliessing gedenkt der Urabstimmung in der Berliner Sozialdemokratie vom 31. März 1946: Wie die Berliner Sozialdemokraten Selbständigkeit und Freiheit bewahrten.

Seite 2

Horst Peter MdB bezeichnet den Vorschlag der Sozialausschüsse, die geplante Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes zu verschieben, als wahltaktische Finte: Arbeitnehmer/innen sollen rechtlos gemacht werden.

Seite 5

41. Jahrgang / 68

10. April 1986

Verkehrswirtschaft in schweren Nöten

Bundesregierung gefährdet eine Million Arbeitsplätze

Von Klaus Daubertshäuser MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Bundestages

Die Bahn braucht faire Chancen im europäischen Wettbewerb der Verkehrsträger.

Die Verkehrsmärkte in Europa sind vielfältig strukturiert. Bis 1992 sollen sie zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsmarkt verschmolzen werden. Die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen müssen deshalb harmonisiert werden.

Die EG hat für die europäischen Eisenbahnen das Harmonisierungskonzept vorgelegt.

- Der Staat übernimmt (wie bei den Straßen) die Kosten des Schienengeweges.
- Die Bahnen zahlen eine Gebühr entsprechend dem Umfang der Schienennutzung.
- Der Staat übernimmt die Verluste, die der Bahn auf Grund der Aufgaben erwachsen, die ihr politisch auferlegt sind.
- Lösung der Verschuldungsprobleme.

Die Bundesregierung hat zugestimmt, einen freien Verkehrsmarkt in Europa zu schaffen. Sie verweigert aber die Umsetzung der notwendigen Harmonisierungsmaßnahmen. Damit bringt sie aber nicht nur die Bahn, sondern die gesamte deutsche Verkehrswirtschaft in große Schwierigkeiten.

Die deutsche Verkehrswirtschaft beschäftigt fast eine Million Menschen und erwirtschaftet einen Umsatz von rund 100 Milliarden DM.  
(-/10.4.1986/vol/jr)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Presseüberlinsung  
mit veredeltem Rohpapier  
Recycling-Papier



**Wie die Berliner Sozialdemokraten Selbständigkeit und Freiheit bewahrten**

Ein Rückblick auf das Frühjahr 1946

Von Eberhard Flessing

Wenige Wochen nach der Kapitulation des Nazireiches, am 17. Juni 1945, war der „Deutsche Hof“ an der Luchauer Straße in Berlin-Kreuzberg Schauplatz einer denkwürdigen und mehrfach beschriebenen Szene. Weit über 1.000 Männer und Frauen - überwiegend ehemalige Funktionäre und Vertrauensleute der SPD - waren zu dieser großen und von tiefgreifenden Emotionen geprägten Veranstaltung zusammengekommen, um nach den Jahren der Barbarei und Verfolgung „mit der alten Hingabe und neuem Mut sofort mit dem Aufbau der Organisation zu beginnen“.

Die Versammlung bestätigte einen „Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ unter dem Vorsitz von Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf und Erich Gniffke und billigte einen zwei Tage zuvor erschienenen Aufruf, in dem unter anderem die Forderung der „Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse“ erhoben wurde. Diese an die Kommunisten gerichtete Forderung, die auf der Erfahrung des Unterganges der Weimarer Republik und der gemeinsamen Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten durch die Nationalsozialisten beruhte, wurde von den Kommunisten zu diesem Zeitpunkt abgelehnt, weil diese glaubten, sich auf eine stärkere Mitglied- und Anhängerschaft zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele stützen zu können.

Ihr Gründungsauftrag erschien bereits einen Tag nach der Verkündung des Befehls Nr. 2 der sowjetischen Militäradministration vom 10. Juni, in dem die Bildung von antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften gestattet wurde, nur ein Indiz für die enge Verknüpfung von Kommunisten und sowjetischer Besatzung. Im Vergleich zu den Sozialdemokraten war von einer vereinigten Arbeiterpartei überhaupt nicht die Rede. Die Forderung nach einem Block der antifaschistischen, demokratischen Parteien - der am 14. Juli geschaffen wurde - ließ eindeutig den Führungsanspruch der „Volkspartei im wahrsten Sinne des Wortes“ erkennen.

Die von der sowjetischen Verwaltung seit April eingesetzten „Initiativgruppen“ des ZK der KPD (darunter die „Gruppe Ulbricht“) waren bei der Schaffung „antifaschistischer“ Verwaltungen, in denen die Kommunisten die Schlüsselfunktionen innehatten, bereits soweit fortgeschritten, daß die Sozialdemokraten und die übrigen Parteien entscheidend benachteiligt waren. Diese Benachteiligungen und Versuche der Einflußnahme auf sozialdemokratische Positionen ließen die euphorischen Einigungsforderungen der Zentralausschußvertreter nüchterner werden.

In einer Rede vor 3.000 Funktionären in der „Neuen Welt“ in Neukölln am 14. September 1945 bekräftigte Otto Grotewohl den Führungsanspruch der Sozialdemokratischen Partei beim Neuaufbau Deutschlands und ging auch auf das Selbstverständnis des Zentralausschusses und die Problematik einer sozialdemokratischen Gesamtpartei auf Reichsebene ein. So verstehe sich der Zentralausschuß als Treuhänder, dessen erstes Ziel die Schaffung einer einheitlichen Sozialdemokratischen Partei für Gesamtdeutschland sei, der er später sein Mandat übergeben könne und die berufen sei, „als Sprecherin der gesamten deutschen Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes zu reden“.

Zum Verhältnis zu den Kommunisten bemerkte Grotewohl, „daß (die Voraussetzungen) für eine organisatorische Vereinigung noch nicht erfüllt sind... (Man) wird hören, daß noch manche unreinen Schläge da sind. Den kommunistischen Arbeitern muß rückhaltlos gesagt werden, daß eine erfolgreiche Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn sie sich grundsätzlich daran gewöhnen, in ihren sozialdemokratischen Kameraden nicht mehr den Verräter zu sehen“.



Distanz und neues Selbstbewußtsein gegenüber der KPD: Resultat schmerzlicher und enttäuschender Erfahrungen der Sozialdemokraten mit den Kommunisten und den hinter ihnen stehenden sowjetischen Besatzungsbehörden einhergehend mit einem außerordentlichen Mitgliederzulauf der SPD in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone bei gleichzeitiger Stagnation der KPD.

Ihre Führung erkannte bereits im Herbst, daß ihr in der Sozialdemokratie der stärkste Konkurrent erwachsen war - und die ersten Nachkriegswahlen in Österreich und Ungarn gaben den Kommunisten die für sie schmerzliche Gewißheit, daß ein freies demokratisches Wählervotum den Sozialdemokraten den Vorrang geben und sie - die Kommunisten - ins zweite Glied verweisen müßte.

Und so vollzog die KPD ihren bekannten Kurswechsel: War sie noch im Spätsommer der Frage nach der Einheitspartei der deutschen Arbeiter bewußt ausgewichen, so steuerte sie nun auf die Verschmelzung von KPD und SPD zur SED zu. Wer der Drängende hier war, die sowjetische Besatzungsmacht oder die deutschen Kommunisten, mag offen bleiben.

Die SPD hingegen sah keinen Anlaß, eine Einigung sofort anzustreben, und rückte mehrheitlich sogar davon ab. Nur noch wenige prominente Sozialdemokraten sprachen sich für ein Zusammengehen der beiden Parteien aus. In den drei Westzonen hatte die Entwicklung ohnehin einen anderen Verlauf genommen. Kurt Schumacher als herausragende Führungspersönlichkeit hatte eine Einheitspartei Oktober 1945 von vornherein abgelehnt. Auf der Konferenz in Wenningsen bei Hannover wurde zum erstenmal auf überregionaler und über die Zonengrenze hinausreichender Ebene der Versuch unternommen, den politischen Standort der Sozialdemokratie zu definieren.

Neben Kurt Schumacher und Otto Grotewohl nahm auch Erich Ollenhauer vom emigrierten SPD-Vorstand in London teil. Erheblichen Raum nahm die von der KPD und einigen Sozialdemokraten geforderte Vereinigung von KPD und SPD ein. Die Konferenz in Hannover hat in dieser Frage keinerlei formelle Beschlüsse gefaßt. Es wurde aber festgestellt, daß die Frage einer organisatorischen Einigung mit der KPD für die Sozialdemokraten in allen Teilen Deutschlands zur Zeit nicht zur Diskussion steht und daß bei differierenden Ansichten diese Frage nur auf einem Reichsparteitag diskutiert und für die ganze Partei einheitlich und bindend entschieden werden könne. Diesen Feststellungen schlossen sich die Vertreter des Zentralaussschusses an, und Grotewohl beteuerte, daß er die Partei auflösen und sein Mandat zurückgeben würde, bevor er eine Gleichschaltung der Sozialdemokraten durch die Kommunisten zuließe.

Doch der Druck auf den Zentralaussschuß und auf die Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone nahm zu. Während Grotewohl noch im November 1945 allen Bestrebungen von zonalen Vereinigungen eine Absage erteilte, fand am 20. und 21. Dezember in Berlin eine von der KPD seit längerem geforderte Konferenz statt. Diese sogenannte Sechziger-Konferenz (es nahmen 30 KPD- und 30 SPD-Vertreter daran teil) ist unter maßgeblicher Anteilnahme der Sowjets einberufen worden. Die Entschließung dieser Konferenz machte deutlich, daß die Kommunisten dabei federführend waren. Die Einmütigkeit des Aufrufes täuscht darüber hinweg, daß auf dieser Konferenz auch kritische Stimmen laut wurden.

Obwohl Otto Grotewohl von seiner früheren distanzierteren Haltung zur Einheitsfrage abgerückt war (oder abrücken mußte) und jetzt den Standpunkt bezog, „über die Einheit der Arbeiterklasse gibt es keine Diskussion, sie ist notwendig“ stellte Gustav Dahrendorf die Frage, was die Wandlung der Auffassung der Kommunisten in der Einheitsfrage bewirkt hat. Mit ihm stellte auch Gustav Klingelhöfer fest, daß die Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone benachteiligt, in ihrer Meinungsfreiheit behindert und beruflichen und privaten Repressionen ausgesetzt sind. So betrage zum Beispiel die Auflagenhöhe der kommunistischen Zeitungen trotz geringerer Mitgliedschaft vier Millionen, die der SPD-Presse dagegen nur den Bruchteil einer Million: ein schlagender Beweis für die Bevorzugung der Kommunisten.



Zu der in der abschließenden Entschließung geforderten „Einheit der Arbeiterklasse“ und die sich daraus ergebende Taktik urteilte der erklärte Fusionierungsgegner Schumacher: „Nachdem ... (die) Hoffnung (der KPD) von den Tatsachen so völlig unmöglich gemacht wird, muß sie nach dem großen Blutspender suchen. Das Rezept ist Einheitspartei, die einen Versuch darstellt, der Sozialdemokratischen Partei eine kommunistische Führung aufzuzwingen. Eine Sozialdemokratische Partei unter kommunistischer Führung wäre aber eine kommunistische Partei.“

Der nun einsetzenden Vereinigungskampagne setzten die Berliner Sozialdemokraten zunehmend Widerstand entgegen. Durch den Viermächtestatus standen sie nicht unter dem selben Druck von Sowjetbehörden und Kommunisten, die in der Sowjetzone ablehnende Stimmen kaum noch zu Wort kommen ließen. Franz Neumann sei hier stellvertretend für die vielen genannt, welche im Februar und März 1946 gegen die Vereinigungspolitik des Zentrallausschusses aufbegehrten und am 1. März im vollbesetzten Admiralspalast mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung verabschiedeten, eine Vereinigung von einem demokratischen Votum der SPD-Mitgliedschaft abhängig zu machen.

Trotz eines gewaltigen Propagandafeldzuges seitens des genötigten Zentrallausschusses und der Kommunisten konnte die Durchführung der Urabstimmung am 31. März 1946 nicht verhindert werden, wenn man von der Tatsache absieht, daß im sowjetisch besetzten Teil Berlins die Abstimmung in letzter Minute unterbunden wurde. Das Ergebnis war eindeutig: über 70 Prozent der SPD-Mitglieder nutzten ihr demokratisches Recht und lehnten mit der überwältigenden Mehrheit von 82 Prozent eine Vereinigung ab. Die Tatsache, daß bei der Abstimmung zwei Fragen zu beantworten waren, hat den SPD-Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, den sofortigen Zusammenschluß abzulehnen ohne eine Zusammenarbeit auf der Basis tatsächlicher Gleichberechtigung auszuschließen.

Damit bewahrten die Berliner Sozialdemokraten ihre Selbständigkeit und Freiheit, durch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Oktober 1946 erhielt ihr eingeschlagener Weg eine überwältigende Bestätigung der Berliner Bevölkerung. Viele Sozialdemokraten, welche den Schritt in die Einheitspartei am 20. April 1946 teilweise sogar mit der Überzeugung vollzogen hatten, sozialdemokratisches Gedankengut als bestimmendes Element durchsetzen zu können, und die Einheit der Arbeiterklasse als erstes und entscheidendes Fundament auf den Weg zur Freiheit gefordert hatten, mußten später erkennen, daß sie einen Irrweg eingeschlagen hatten.

Schumachers Warnung an den Zentrallausschuß, daß „in einem halben Jahr kein einziger mehr politisch ein entscheidendes Wort zu sagen haben (werde), bestenfalls einzelne ... als politische Attrappen figurieren dürfen“ hat sich durch die weitere Entwicklung leider bestätigt.

(-/10.4.1986/jr/vo-he/ks)

\* \* \*

Täuschungsmanöver der Sozialausschüsse

Zum Vorschlag der Verschiebung der geplanten Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes

Von Horst Peter MdB

Verwunderung löst die Meldung aus, starke Kräfte in der CDU/CSU-Fraktion, besonders innerhalb der Arbeitnehmergruppen, plädierten jetzt für eine Verschiebung der geplanten Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, mit der die sogenannten Leitenden einen Nebenbetriebsrat und kleinere Gruppen Zugang zu den Betriebsräten bekommen sollen. Die für den 23. April angesetzte Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung steht jedoch weiterhin auf der Tagesordnung. Dies ist ein Hinweis darauf, daß sich diese „starken Kräfte“ wohl nicht durchsetzen wollen und nicht können, nur eben mal Nebel über die Szene werfen und den Widerstandswillen der Gewerkschaften einschläfern wollen.

Dieser Vorschlag der Verschiebung ist eine wahltaktische Finte: Es soll nur ein vorläufiger Verzicht sein und die Änderung soll nach den Bundestagswahlen erfolgen. Von der eigentlichen Absicht wird nicht Abstand genommen.

Die Gewerkschaften haben die „starken Kräfte“ Mores gelehrt. Nach dem Versagen in der Paragraph 116-Debatte und den Ausfällen gegen die Gewerkschaften meinen die Sozialausschüßler, mit diesem Vorschlag bei den Gewerkschaften wieder Boden gutmachen zu können. Aber sie werden wie in der 116-Debatte schon rechtzeitig, damit der gesetzgeberische Gang nicht nachhaltig gestört wird, gegenüber der Mehrheit in der CDU/CSU-Fraktion und gegenüber der FDP Kniefall üben. Die Realität des Fraktionszwanges wird auch die Abgeordneten wieder einholen. Die tatsächliche Macht der Sozialausschüsse ist halt so gering wie ihre Mitgliederzahl. Sie bringen gerade knapp 30.000, von denen 29.000 der CDU, aber nur 10.000 den DGB-Gewerkschaften angehören.

Diesem Zuschnitt der Organisation entspricht der Zuschnitt der „proletarischen Kanier“ des promovierten Karnevalisten an ihrer Spitze, Norbert Blüm. Der Spiegel hat jüngst darüber berichtet. Diese Manöver der Sozialausschüsse können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bundesregierung und die Koalitionsparteien beim Vollzug der Forderungskataloge der Unternehmer nicht in Verzug kommen und ungestört von der tragikomischen Truppe der Sozialausschüßler ihren Weg der Beschneidung der sozialen und politischen Rechte der Arbeitnehmer zuende gehen wollen und werden. Das innere Band des zu beobachtenden und von den Sozialausschüssen gebilligten Dreischrittes ist die Rechtlosmachung der Arbeitnehmer:

- Der Arbeitnehmer soll als Einzelner mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz rechtlos gemacht werden.
- Den Gewerkschaften als kollektiver Interessenvertretung soll die Kraft zur wirkungsvollen Vertretung der Arbeitnehmerinteressen genommen und das Kräftegewicht zu Gunsten des Kapitals verschoben werden.
- Die Betriebsräte als betriebliche Interessenvertretung sollen mit der Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes geschwächt werden.

(-/10.4.1986/jr/ks)

\* \* \*

